

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

70. Sitzung

Berlin, Freitag, den 24. Oktober 2003

Zusatztagesordnungspunkt 5:

- a) Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze**

..... (Drucksache 15/1830)
6007 :

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS im Bundestag lehnt die vorliegenden Gesetzentwürfe ab; denn das, was Rot-Grün als Reform verkauft, ist schlicht Rentenklau; das ist schlimm. Das wissen auch Sie.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Obendrein garnieren Sie das Ganze mit dümmlichen Lügen, und zwar permanent. Ich möchte hier wenigstens drei dieser Lügen anreißen.

Sie behaupten, zur **Sicherung der Renten** müssten alle, auch die Rentnerinnen und Rentner, einen Beitrag leisten. Es sei ungerecht, behaupten Sie weiter, das Problem auf die Jüngeren abzuwälzen. Sie verschweigen dabei aber, dass die Rentenkürzungen nicht nur die aktuellen, sondern auch die künftigen Rentnerinnen und Rentner treffen; denn in Wahrheit kürzen Sie die Rentenansprüche sowohl der Älteren als auch der Jüngeren. So weit zur ersten Lüge.

Sie behaupten weiter, Sie müssten die Rentenansprüche kürzen, damit die monatlichen **Rentenbeiträge** die 20-Prozent-Marke nicht überschritten. Das ist die zweite Lüge; denn die monatlichen Beiträge liegen längst jenseits der 20-Prozent-Marke, allerdings nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich weiß, dass Sie nicht mehr gern über die Riester-Rente sprechen. Aber Sie haben schon damals die Renten deutlich gesenkt. Sie haben gesagt: Wer dennoch Renten wie vordem beziehen will, dem empfehlen wir eine Zusatzversicherung, die so genannte Riester-Rente. Wer aber für die Riester-Rente einzahlt, der kommt schon jetzt – wenn man alles addiert – auf einen Rentenbeitrag von über 20 Prozent.

Übrigens, das Prinzip der **Riester-Rente** – das habe ich Ihnen schon in der vergangenen Legislaturperiode erklärt – lässt sich auf eine ganz einfache Formel bringen. Stellen Sie sich vor, dass Ihnen ein Taschendieb die Handtasche entreißt und Ihnen anschließend eine private Diebstahlversicherung anbietet. Das ist das Prinzip der Riester-Rente.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun zur dritten Lüge: Sie bedauern, dass Sie die Rente kürzen müssen. Aber schließlich müssten ja alle Opfer bringen. Ich weiß nicht, was Sie unter „alle“ verstehen. Würden Sie mit „alle“ wirklich alle meinen, dann hätten Sie alle Chancen auf eine wirkliche Reform. Aber Sie meinen mit „alle“ immer nur die Bedürftigen und die Bezieher von Leistungen; denn im selben Zuge, da Sie die Renten kürzen und die Beiträge erhöhen, senken Sie die **Sozialbeiträge der Unternehmen**.

Vor einem Jahr gab es eine **Initiative von Euromillionären**. Sie boten von sich aus an, einen höheren Beitrag für den Sozialstaat und für die Solidarsysteme zu leisten. Bislang gibt es allerdings keine Initiative von Rot-Grün, geschweige denn von Schwarz-Gelb, dieses Angebot aufzugreifen. Übrigens wurde dieses Angebot am Wohnort des Bundeskanzlers, in Hannover, gestartet.

Dabei würde es sich lohnen, sich dieses Angebot einmal anzusehen. Es gibt in Deutschland nicht nur mehr als 4 Millionen Arbeitslose; es gibt inzwischen auch 370 000 Euromillionäre, die insgesamt über ein Vermögen von 4 Billionen Euro verfügen. Das ist im Vergleich zu den irdischen 2 Milliarden Euro, über die wir akut streiten, ein Universum. Würden Sie diese Euromillionäre nur 1 Prozent ihres Vermögens als Notcent leisten lassen, dann wären das 40 Milliarden Euro, Tendenz steigend – und das jährlich.

Diese Rechnung blendet Rot-Grün komplett aus. Stattdessen durfte ein namhafter Oppositionspolitiker bei Christiansen am letzten Wochenende unwidersprochen sagen: Deutschland ist in den letzten Jahren ärmer geworden. – Armes Deutschland, das so belogen wird!

Natürlich muss es eine Reform im Rentensystem geben – das fordert auch die PDS seit Jahren –, aber eben eine Reform und nicht eine Deform. Eine Reform beginnt damit, dass Besserverdienende in die allgemeine Rentenkasse einbezogen werden. Das erfordert, den **Arbeitgeberanteil** vom Lohn abzukoppeln und an den Gewinn anzudocken. Das Ganze muss gerecht und solidarisch sein. Es gibt also Alternativen. Sie sind durchgerechnet und sie sind machbar.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Was heute hier beraten wird, hat aber weder etwas mit Reformen noch mit Gerechtigkeit zu tun. Es ist schlicht rot-grünes Raubrittertum. Auch deshalb hoffe ich sehr, dass möglichst viele der derzeit Betroffenen und der zukünftig Betroffenen am 1. November dieses Jahres an der Demonstration in Berlin – dazu wurde bundesweit aufgerufen – gegen diesen Unfug teilnehmen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])